Protokoll der 13. Sitzung des Jugendparlaments Osnabrück

Am Montag 30.01.2017 um 18:00 Uhr im Ratssitzungssaal, Rathaus

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Vorstellung von Gästen und Presse
2. Genehmigung des Protokolls vom 19. Dezember 2016
3. Feststellung,
   - ob ordnungsgemäß geladen wurde,
   - ob das Jugendparlament beschlussfähig ist
4. Diskussion mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses (Bericht vom Handgiftentag verschoben auf nächste Sitzung)
5. Buskarten für Schüler*innen und Auszubildende
   - Informationen zum Bürgerticket
   - Informationen zum Semesterticket
   - andere Angebote
6. Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss
7. Ideensammlung zu Programmpunkten der Berlinfahrt
8. Informationen zur Wahl des neuen Jugendparlaments
9. Rechnungsabschluss des Jugendparlaments
10. Sitzung der Ausschüsse des Jugendparlaments
11. Verschiedenes

Aus aktuellem Anlass wird die ursprüngliche Tagesordnung verändert, um Zeit zu haben, mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschuss zu diskutieren.

1. Begrüßung, Vorstellung von Gästen und Presse

Der Vorstand begrüßt die Mitglieder sowie Frau Westermann, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau Achler, die stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herrn Assmann, Mitglied des Jugendhilfeausschusses, Herrn Weisleder, Fachdienstleiter Jugend, und Frau Bruns von der NOZ.

2. Genehmigung des Protokolls vom 19. Dezember 2016

Das Protokoll vom 19. Dezember 2016 wird genehmigt.

3. Feststellung, ob ordnungsgemäß geladen wurde und ob das Jugendparlament beschlussfähig ist

Es wurde ordnungsgemäß geladen und 16 Mitglieder sind anwesend; später kommen 5 weitere hinzu und 2 verlassen die Sitzung früher.

4. Diskussion mit den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

Nachdem Hava noch einmal kurz die wichtigsten Argumente für eine Öffnung des Jugendparlaments für Jugendliche aus dem Landkreis und die Ausnahmeregelung für bereits gewählte Mitglieder zusammengefasst hat, bittet Jenu Frau Westermann, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, um ihre Ansicht zu den Vorschlägen des Jugendparlaments.

Frau Westermann erläutert, dass sie die gewünschte Änderung der Geschäftsordnung für den Verbleib von Mitgliedern im Jugendparlament nach dem Wegzug aus Osnabrück für einen guten Gedanken hält. Sie hat aber Bedenken wegen der nur viermonatigen Mitgliedschaft. Ihrer Ansicht nach sei die Zeitspanne zu kurz, um weiterhin Mitglied im Jugendparlament zu bleiben. Möglicherweise wäre ein Zeitraum von einem ½ bis 1 Jahr

passender. Sie und Frau Achler (auch Mitglied im Jugendhilfeausschuss) seien aber auch zur Sitzung gekommen, um mehr über die Gründe und Überlegungen zu erfahren, die zu den Anträgen geführt haben.

Herr Weisleder, Fachdienstleiter Jugend, regt an, mit der Diskussion über die Änderung der Wahlordnung zu beginnen, da dies der weitreichendere Antrag ist und sich der Antrag zur Geschäftsordnung nach einer Beschlussfassung möglicherweise erübrigt. Er stellt dar, dass sich die Wahl zum Jugendparlament bisher an dem Wohnort-Prinzip orientiert hat, das für allgemeine Wahlen gilt. Bei dem Wohnort-Prinzip werden allerdings eher die Lebensbezüge von Erwachsenen berücksichtigt. Er hält es für nachvollziehbar, dass sich die Lebenssituation von Jugendlichen anders darstellt und sie ihren Lebensmittelpunkt in Osnabrück haben können, auch wenn sie im Landkreis als wohnhaft gemeldet sind. Deshalb stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob das Wohnort-Prinzip auch in Bezug auf das Jugendparlament aufrechterhalten werden soll, um die politische Realität abzubilden, oder ob die besondere Lebenssituation von Jugendlichen, die in Osnabrück zur Schule gehen, ihre Ausbildung machen oder ihren Freiwilligendienst ableisten und sich auch in ihrer Freizeit in der Stadt aufhalten, das leitende Prinzip sein soll.

Frau Achler erkundigt sich, wie häufig es vorkommt, dass Jugendliche nach ihrer Wahl ins Jugendparlament in den Landkreis umziehen.

Kira erklärt, dass sie gerade selbst betroffen ist. Sie musste mit ihren Eltern in den Landkreis umziehen, hatte aber auf diese Entscheidung keinen Einfluss. Sie fände es schade, wenn sie deswegen ihr Mandat im Jugendparlament aufgeben müsste. An ihrem Leben hätte sich nicht viel verändert, denn im Landkreis würde sie im Grunde nur übernachten.

Frau Westermann bringt zum Ausdruck, dass sie Ausnahmen für solche Einzelfälle für okay hält. Ihrer Ansicht nach ist aber eine prinzipielle Öffnung des Jugendparlaments mit Schwierigkeiten verbunden: aus Datenschutzgründen, wegen der regionalen Eingrenzung und auch der Frage, wie der Landkreis das sieht. Es gäbe zwar auf Landkreis-Ebene kein Jugendparlament, da die Anreise für die Jugendlichen zeit- und kostenaufwändig wäre, aber in einzelnen Gemeinden des Landkreises gibt es Jugendparlamente, wie z.B. in Fürstenau und Wallenhorst.

Kira vermutet, dass es für kleinere Gemeinden schwieriger ist, Jugendparlamente einzurichten. Selbst in Osnabrück hätte es Probleme gegeben, genügend Kandidat*innen zu finden. Daraufhin erkundigt sich Frau Achler, ob es doch eher um das Wahlpotenzial ginge. Kira bestätigt, dass das auch ein Ziel ist. Viel wichtiger sei aber, das Interesse am Jugendparlament bei Jugendlichen zu vergrößern. Sie hat erlebt, dass sich Jugendliche, die nicht in Osnabrück wohnen, für das Jugendparlament interessiert haben. Als sie aber erfahren haben, dass sie sich weder aktiv noch passiv daran beteiligen können, hätten sie sich frustriert vom Jugendparlament abgewendet.

Herr Weisleder ergänzt, dass 30-35% der Schüler*innen an Gesamtschulen, Gymnasien und den Berufsbildenden Schulen aus dem Landkreis kommen. An Haupt- und Realschulen seien es nur wenige Schüler*innen, so dass man auf ca. 20-25% an allen weiterführenden Schulen in Osnabrück kommt. Die Ermittlung der Zahlen der Auszubildenden aus dem Landkreis, die in einem Betrieb in Osnabrück arbeiten, sei etwas schwieriger zu ermitteln. Lilofee Fettich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch nicht alle Schüler*innen der Gymnasien oder Berufsbildenden Schulen wählen können, weil sie bereits zu alt sind.

Kira fasst zusammen, dass demnach 1/3 der betroffenen Jugendlichen in Osnabrück aufgrund ihres Wohnortes keine Stimme hätten. Diese Möglichkeit der Mitwirkung wolle ihnen das Jugendparlament einräumen. Elisabeth ergänzt, dass es in vielen Orten kein Jugendparlament gibt und dass ihnen die Öffnung des Osnabrücker Jugendparlaments die Möglichkeit bietet, sich zu engagieren; vor allem, wenn man sich vorwiegend in der Stadt aufhält und dort dann auch die Veränderungen spüren kann. Kira bestätigt, dass es dem Jugendparlament darum geht, Jugendliche zu unterstützen, die sonst keine Stimme hätten. Das Ziel des Jugendparlaments sei es, Jugendliche in die Politik einzuführen und für Demokratie zu begeistern. Diese Chance sollten auch Jugendliche erhalten, die im Landkreis wohnhaft sind.

Kilian stellt in Frage, dass die lange Anreise ein Grund dafür sein könnte, dass es kein Jugendparlament des Landkreises gibt. Lilo erläutert, dass Busse und Züge häufiger nach Osnabrück fahren als zwischen den Gemeinden des Landkreises. Sie ist davon überzeugt, dass Jugendliche, die ihren Lebensmittelpunkt in Osnabrück haben, Interesse daran haben, hier etwas zu verändern, und nicht im Landkreis. Kira ergänzt, dass man mit der Buskarte nur nach Osnabrück fahren kann, nicht aber z.B. nach Bramsche oder Borgloh.

Kira bringt die Idee ein, dass man für Jugendliche, die im Landkreis wohnhaft sind, eine Quote einführen könnte. Herr Weisleder greift den Vorschlag auf und schlägt eine Quote von 20% vor. Jenu fragt das Jugendparlament, ob 20% ein Kompromiss sein könnte. Elisabeth äußert die Ansicht, dass 20% besser als die bisherigen 0% sind.

Frau Westermann merkt an, dass das skeptische Nachfragen der Jugendhilfeausschuss-Mitglieder nicht bedeutet, dass der Jugendhilfeausschuss die Anträge des Jugendparlaments ablehnen wird. Der Jugendhilfeausschuss will das Jugendparlament unterstützend begleiten.

Herr Weisleder verweist darauf, dass die Frage, ob die Wahl schwieriger oder leichter wird, weniger bedeutsam ist. Wichtiger ist die Entscheidung, ob das Wohnort-Prinzip aufgegeben wird oder nicht. Wenn das Jugendparlament einen Antrag zur Aufgabe des Wohnort-Prinzips beschließt und der Jugendhilfeausschuss diesem Antrag folgt, würde eine Quote von 20% derzeit 5 Sitzen entsprechen. Eine Quote stelle immer die Höchstanzahl dar, die aber unterschritten werden kann.

Elisabeth erläutert einen weiteren Unterschied zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, die im Landkreis wohnhaft sind: bei Erwachsenen ist sichergestellt, dass sie überall ihr Wahlrecht ausüben können. Jugendliche, die wählen oder gewählt werden wollen, können sich nur engagieren, wenn es in ihrer Gemeinde ein Jugendparlament gibt, und das ist nicht überall gegeben. Kira ergänzt, dass sich ihrer Meinung nach mehr Jugendliche für die Idee eines Jugendparlaments begeistern werden, wenn sie im Osnabrücker Jugendparlament mitmachen können, und diese Idee dann auch in den Landkreis-Gemeinden verbreiten. Lilo hält es für wichtig, auch Jugendlichen aus dem Landkreis die Möglichkeit zu geben, sich zu engagieren. In diesem Zusammenhang erwähnt sie, dass das Jugendparlament Wallenhorst auch schon nicht mehr existiert. Jenu äußert die Ansicht, dass eine Mitgliedschaft im Jugendparlament eine Starthilfe sein kann, damit das politische Interesse steigt.

Nach der Diskussion stellt Jenu den Beschluss noch einmal zur Abstimmung, ob das Jugendparlament für interessierte Jugendliche, die in Osnabrück zur Schule gehen, eine Ausbildung machen oder ihren Freiwilligendienst leisten und im Landkreis wohnen, geöffnet werden soll.

Beschluss:

Das Jugendparlament stellt den Antrag, die bisherige Wahlordnung dahingehend zu ändern, dass das Jugendparlament auch für Schüler*innen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende geöffnet wird, die in Osnabrück zur Schule gehen oder arbeiten, und sich aktiv oder passiv an der Wahl des Jugendparlaments beteiligen möchten.

dafür:	18
dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Danach stellt Jenu die Frage, ob es ein Sonderrecht für die Mitglieder geben soll, die in den Landkreis umziehen oder ob sie dann unter die potenzielle Quote fallen.

Herr Weisleder empfiehlt, diese Mitglieder nicht auf die Quote anzurechnen.

Daraufhin entfacht eine Diskussion, ob es auch eine Quote für den Vorstand geben sollte. Lilo spricht sich dagegen aus. Wenn die Mitglieder gut sind, sollen auch alle in den Vorstand gewählt werden können. Kira macht den Kompromiss-Vorschlag, dass es im Vorstand einen Sonderposten für die Mitglieder geben könnte, die nicht in Osnabrück wohnen. Sonja spricht sich dagegen aus und auch gegen eine Quote, da das gesamte Jugendparlament Beschlüsse fasst. Auch Elisabeth spricht sich gegen eine Quote aus, da es allen gewählten Mitgliedern um die Situation der Jugendlichen in Osnabrück geht. Auch Jenu spricht sich gegen eine Vorstandsquote aus, da er sie für diskriminierend hält. Eine Quote für das Jugendparlament reiche völlig aus. Der Vorstand bereite nur die Sitzungen vor. Die Beschlüsse fasst das gesamte Jugendparlament demokratisch. Lilo

verweist darauf, dass auch die nicht in Osnabrück wohnhaften Mitglieder sich für Osnabrück einsetzen würden.

Herr Weisleder stimmt Jenus Einschätzung zu, dass eine Vorstandsquote diskriminierend sei. Wenn eine Quote für die Mitgliedschaft beschlossen würde, wären alle Mitglieder mit allen Konsequenzen gewählt einschließlich der Möglichkeit, in den Vorstand gewählt zu werden.

Lilo fragt, ob Mitglieder zwangsläufig aus dem Osnabrücker Jugendparlament ausscheiden müssten, wenn in der eigenen Gemeinde ein Jugendparlament eingerichtet wird. Kira ist der Ansicht, dass in diesem Fall jedes Mitglied frei entscheiden können sollte, ob es vorzeitig aus dem Jugendparlament ausscheidet oder nicht. Lukas regt an, dass neue Jugendparlamente ihre Legislaturperiode an denen des Osnabrücker anpassen könnten, um einen störungsfreien Übergang zu ermöglichen. Elisabeth merkt an, dass dies die potentiellen neuen Jugendparlamente selbst entscheiden werden.

Lilo fragt abschließend noch einmal, wie hoch die Quote für nicht in Osnabrück wohnhafte Mitglieder sein sollte. Kilian schlägt vor, die 5 Mandate zu den bestehenden hinzuzufügen oder 22 + 5. Kira äußert die Ansicht, dass 20% ein guter Kompromiss sind. Herr Weisleder stellt auf Nachfrage von Herrn Assmann (Mitglied im Jugendhilfeausschuss) klar, dass sich die Mitgliederzahl im Jugendparlament durch die Quotenregelung nicht verändert. Daraufhin stellt Jenu die 20%-Quote zur Abstimmung.

Beschluss:

Das Jugendparlament beschließt die Begrenzung auf eine Quote von 20% der Mitgliedschaft für die gewählten Mitglieder, die nicht in Osnabrück wohnhaft sind.

dafür:	14
dagegen:	0
Enthaltungen:	4

Der Beschluss wird mehrheitlich angenommen.

Im Anschluss stellt er die Sonderregelung für gewählte Mitglieder, die in den Landkreis ziehen müssen, zur Abstimmung.

Beschluss:

Das Jugendparlament beschließt, dass Mitglieder, die nach ihrer Wahl ins Jugendparlament Osnabrück in den Landkreis umziehen (müssen), weiterhin im Jugendparlament verbleiben können, wenn sie das wünschen, und diese Mitglieder nicht auf die Quote für nicht in Osnabrück wohnhafte Mitglieder angerechnet werden.

dafür:	18
dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Der Beschluss wird mehrheitlich angenommen.

[Kurz vor der Beschlussfassung kommt ein weiteres Mitglied des Jugendparlaments hinzu; d.P.]

5. Buskarten für Schüler*innen und Auszubildende

Hava leitet das Thema Busfahrkarten für Schüler*innen und Auszubildende mit dem Hinweis ein, dass sich nicht nur der Name des Abos geändert hat (Young Abo), sondern es teurer wurde und es Leistungseinschränkungen gegeben hat. Die Mitnahmeregelung wurde abgeschafft. Auf Wunsch des Vorstandes hat das Kinder- und Jugendbüro eine Übersicht über relevante Tarife und deren Leistungen erstellt, die über den Beamer an die Wand geworfen wird.

Sonja äußert, dass die Leistungseinschränkung die finanzielle Situation der Stadtwerke nicht beeinflusst. Kilian ist der Ansicht, dass die Erhöhung um 80 Cent, also 2%, okay sei, nicht aber die Leistungseinschränkung. Auch Jenu hält die Leistungseinschränkung für nicht notwendig. Jan berichtet, dass die Stadtwerke jedes Jahr 2 Millionen Euro an die Stadt geben muss und im nächsten Jahr 1 E-Bus kaufen will, der so viel kostet wie 3 Gelenk-Busse. Kira findet, dass die Preise für den Öffentlichen Personennahverkehr in Osnabrück sehr hoch sind. In anderen Städten seien sie deutlich günstiger. Emrah ist der Ansicht, dass man auch mit dem Young Abo Leute mitnehmen können sollte, da es fast so teuer ist, wie das Jobticket. Auch Kilian findet das Preis-Leistungs-Verhältnis in Osnabrück nicht in Ordnung. In Berlin und anderen Städten seien Tickets deutlich billiger und in Osnabrück sei das Parken auch günstiger als der Busfahrschein. Elisabeth fährt ½ Jahr Fahrrad und nur ½ Jahr Bus. Trotzdem findet sie aus ökologischen Gründen eine stärkere Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs wichtig. In Berlin nutzten mehr Leute den Öffentlichen Personennahverkehr, da er günstiger sei. Jenu weist darauf hin, dass die Stadtwerke nur wenig Spielraum hätten. Deshalb sollte man die Stadt anregen, neue Wege zu gehen. Killian regt an, bei der Gewinnvorgabe auf 30.000 € zu verzichten für eine bessere und günstigere Schüler*innenbeförderung.

Jenu schlägt vor, herauszufinden, wer bei der Stadt für die Stadtwerke zuständig ist, und diese Person einzuladen. Vorher müssten aber die Fragen aufgeschrieben werden.

Kira bietet sich an, Fragen zu formulieren. Lilo wirft ein, dass das 63plus-Ticket günstiger sei als das Young Abo, obwohl man mit 63 Jahren noch voll verdient, Schüler*innen und Azubis aber nicht. Kilian regt an, die 19-Uhr-Begrenzung aufzugeben, da es finanziell kaum einen Unterschied macht. Lilo moniert, dass die Tarifgestaltung der Stadtwerke zu unübersichtlich sei.

Jan berichtet über das Bürger-Ticket, das dem Semester-Ticket für alle Studierenden vergleichbar ist, nur dass es für alle Bürger Osnabrücks wäre. Jede/r Bürger*in würde 25-35 € im Monat zahlen und müsste keinen Fahrschein mehr kaufen. Es gab einen Antrag von SPD und Grünen, der aber von der CDU und FDP als 'Zwangsabgabe' abgelehnt wurde. Es sollte eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, jedoch wollen SPD und Grüne, dass sich erst der Öffentliche Personennahverkehr verbessert, bevor ein Konzept Bürger-Ticket vorgelegt wird. Das Bürger-Ticket sei eine gute Idee, um den Öffentlichen

Personennahverkehr zu finanzieren, damit mehr Leute den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen und die Umwelt geschützt wird. Dies sei aber nicht nur eine Aufgabe der Kommune, so dass sich auch Bund und Land an der Finanzierung beteiligen sollten. Kritisch sei auch, wenn selbst Kinder und Rentner*innen sich beteiligen müssten.

Auch Kira hält das Bürger-Ticket für eine Zwangsabgabe, die sich viele Leute nicht leisten könnten. Lars verweist in diesem Zusammenhang auf die GEZ-Gebühren, die auch eine 'Zwangsabgabe' seien, und doch sinnvoll sind. Sonja ist der Ansicht, dass durch das Bürger-Ticket mehr Leute den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen würden, dann gäbe es mehr Verbindungen und die Nutzung würde insgesamt attraktiver – und die Umwelt würde auch geschützt. Für Familien mit wenig Geld könnte man ein Family-Ticket einrichten, das es jetzt auch schon ermäßigt gibt, und Schüler*innen bis einschließlich Sek. I zahlen ja eh nicht. Kilian ergänzt, dass Leute mit wenig Geld eh schon ein Monatsticket bezahlen und nicht für ein Auto. Kira wendet ein, dass man nicht die sozial benachteiligten Leute rausnehmen kann, denn sonst würde das Bürger-Ticket für alle anderen teurer. Lilo ist der Ansicht, dass es Ausnahmen geben muss. Man müsse sich daran gewöhnen, dass es das Ziel ist, das weniger Autos in Osnabrück fahren. Elisabeth sieht das Bürger-Ticket eher wie Steuern, nicht wie eine 'Zwangsabgabe. Es sei ein Prinzip der Demokratie, dass man Aufgaben gemeinsam schultere. Den Öffentlichen Personennahverkehr auszuweiten und attraktiver zu machen, würde auch die Leute entlasten, die auf ihn angewiesen sind. Kira macht darauf aufmerksam, dass nicht jeder, der ein Auto hat, automatisch reicher ist. Sie spricht sich für eine freiwillige Entscheidung aus. Auch Emrah findet, dass Rücksicht genommen werden sollte auf Familien mit weniger Einkommen. Er schlägt eine einkommensgestaffelte Abgabe vor. Kilian findet es wichtig, dass Busse auch dann fahren, wenn sie nicht ausgelastet sind und auch auf weniger genutzten Strecken.

6. Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss

Hava berichtet kurz über die anderen Themen im Jugendhilfeausschuss. Besonders lange wurde dort über den Nachtragshaushalt 2017 diskutiert.

7. Ideensammlung zu Programmpunkten der Berlinfahrt

Für die Berlin-Fahrt werden die Mitglieder gebeten, ihre Ideen für Programmpunkte zusätzlich zum Besuch einer Bundestagsdebatte auf Moderationskarten zu notieren. Im Anschluss daran erhalten alle Mitglieder 3 Klebepunkte, um eine Prioritätenliste zu ermitteln, mit folgendem Ergebnis:

Vorschlag	**Punkte**
Körperwelten	14
Aufführung im Friedrichstadtpalast	11
Madame Tussauds	10

Stadtrundfahrt	4
Story of Berlin	3
Berliner Unterwelten	2
Besuch der BVG-Zentrale zur Information über zukunftsträchtige ÖPNV-Konzepte	2
Deutsches Computerspielmuseum	2
Kunstgalerie besuchen	1
Stasi-Gefängnis	1

Ohne Stimmen blieben:

- Bernauer Straße
- Fernsehturm am Alex
- Konzert besuchen
- Matrix
- Sony Centre
- Tropical Island
- Mahnmal
- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- Dungeon
- thematische Stadtführung
- Mauerpark
- Museumsinsel (UNESCO-Kulturerbe)
- Museen: Nationalgalerie, Museumsinsel
- Brandenburger Tor

8. Informationen zur Wahl des neuen Jugendparlaments

Karin stellt kurz den Terminplan zur Wahl des nächsten Jugendparlaments vor:

- Die Wahl findet in der Woche 23.-28. Oktober 2017 statt.
- Die Konstituierende Sitzung und die offizielle Verabschiedung der jetzigen Mitglieder findet am Mittwoch, 15. November 2017, im Ratssitzungssaal statt.
- In der Woche vom 20.-24.11.2017 wird der Einführungsworkshop durchgeführt.

9. Sitzung der Ausschüsse des Jugendparlaments

Die Sitzung der Ausschüsse wird aus Zeitmangel auf die nächste Sitzung verschoben.

10. Verschiedenes

Die Information zu einem Rhetorik-Seminar für junge Leute kam zu kurzfristig. Es wird gebeten, die Information zu dem nächsten Seminar an alle Mitglieder zu schicken.

Ende der Sitzung ist um 20.30 Uhr

Anhang

Anwesenheitsliste: 30.01.2017

Mitglied	Unterschrift
Jenushan Antonydas	
Hava Avincsal	
Jan Ebeling	
Lilofee Fettich	
Kira Frentrup	später
Elisabeth Goebel	
Johannes Hehemann	
Florian Nils Hehmann	
Felix Hemesath	
Lars Hunschede	
Hellen Irungu	
Yussef Khamis	
Adrian Kuhnt	
Emily Lam	
Stefan Leer	
Emrah Men	
Okan Mutlugünes	
Lukas Ölmann	
Markus Pietschner	
Maik Pohlmeyer	

Seite 1 von 2

Anwesenheitsliste: 30.01.2017

Mitglied	Unterschrift
Sonja Tanger	
Kilian Thiel	Kilian Thiel
Eduard Usinovski	
Noah Wallenstein	Noah Wallenstein
Nursenem Yasatemur	

Seite 2 von 2